

Sonderdruck aus:

Stalinismus in der sowjetischen Provinz 1937–1938

Die Massenaktion aufgrund
des operativen Befehls № 00447

Herausgegeben von
Rolf Binner, Bernd Bonwetsch, Marc Junge



Akademie Verlag

Gedruckt mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-05-004685-3

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2010

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Einbandgestaltung: Ingo Scheffler, Berlin
Satz: Vera Freedman, Goldband Verlag
Druck und Bindung: Druckhaus »Thomas Müntzer«, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

9	DER OPERATIVE BEFEHL № 00447: SEIN SCHICKSAL IN DER PROVINZ
12	1. Die Durchführung des Befehls № 00447. Ein Forschungsprojekt
18	2. Quellen
22	3. Das „Belastungsmaterial“ gegen den NKVD
29	4. Zufall und Willkür. Thesen in der Forschung
37	5. Die Durchführung des Befehls № 00447. Eine Gesamtbilanz
53	DIE UMSETZUNG DES BEFEHLS № 00447: REGIONALE PERSPEKTIVEN
65	OPFER: KULAKEN, KRIMINELLE UND ANDERE KONTERREVOLUTIONÄRE ELEMENTE
67	Die Verfolgung ehemaliger „Kulaken“ in der Altaj-Region 1937–1938
	<i>Evgenija Jusopova</i>
91	Vorgehen gegen die Teilnehmer des Aufstands von Sorokino in der Altaj-Region
	<i>Andrey Suslov</i>
111	Sonderiedler als Opfer der „Kulakenoperation“ im Rayon Perm' des Gebiets Sverdlovsk
	<i>Ina Sergejma</i>
133	Die Untersuchungsakten der Bauernschaft des Gebiets Kalinin als historische Quelle
	<i>Rolf Binner und Marc Junge</i>
161	Vom „sozial nahen“ zum „sozial feindlichen Element“: Kriminelle in der sowjetischen Gesellschaft 1918–1938
	<i>Viktor Ivanov</i>
217	Die Kriminellen als Zielgruppe im Gebiet Leningrad
	<i>Tatjana Leont'eva</i>
235	Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Jahren der „bolschewistischen Perestrojka“ im Gebiet Kalinin
	<i>Andrey Kolesnikov</i>
267	Die Verfolgung der Russischen Orthodoxen Kirche im Altaj
	<i>Xatal'ja Ablatzej</i>
287	Die ROVS-Operation in der Westsibirischen Region

Die Verfolgung von ehemaligen Bürgerkriegsgegnern im Donbass	309
<i>Jurij Šapoval</i>	
Die Behandlung der „ukrainischen Nationalisten“ im Gebiet Kiev	335
<i>Oľga Dovbnja</i>	
Die politische „Färbung“ von Verhafteten im Donbass	353
<i>Andrej Kabackov</i>	
Verfolgungen von Arbeitern in der Kama-Region des Gebiets Sverdlovsk	395
TÄTER: STAATS- UND PARTEIORGANE	419
<i>Aleksėj Tepljakov</i>	
Die Rolle des NKVD der Westsibirischen Region	421
<i>Oleg Lejbovič</i>	
Der UNKVD und die „Kulakenoperation“ in der Kama-Region des Gebiets Sverdlovsk	459
<i>Aleksandr Časčuchin</i>	
Staatliche Organe und die „Kulakenoperation“	479
<i>Rolf Binner und Marc Junge</i>	
Gutachten der Dorfträte als Routinetafaktor bei der Verurteilung von Bauern	503
<i>Irina Gritunova</i>	
Rehabilitierungen in der Altaj-Region und dem Gebiet Novosibirsk 1939–1941	515
<i>Irina Smitrnova</i>	
Spiegelung der „Kulakenoperation“ in Parteidokumenten des Gebiets Doneck	531
STATISTIK UND MIKROSTUDIEN	577
<i>Galina Zdanova</i>	
Statistische Analyse der Durchführung des Befehls № 00447 im Altaj	579
<i>Vladimir Nikol'skij</i>	
Die „Kulakenoperation“ im ukrainischen Donbass	613
<i>Sergej Papkov</i>	
Die „Kulakenoperation“ im Rayon Krasnozerskoe der Westsibirischen Region	641
<i>Sergej Sevrin</i>	
Die Verfolgungen im tatarischen Dorf Kojanovo in der Kama-Region des Gebiets Sverdlovsk	661
<i>Elena Vinogradova</i>	
Die „Kulakenoperation“ in den Rayons Firovo und Vyšnij Voloček des Gebiets Kalinin	693
AUTORENVERZEICHNIS	723
DANKSAGUNG	731

Staatliche Organe und die „Kulakenoperation“

Aleksandr Casčuchin

Mit der Umsetzung des Befehls № 00447 erhielten die NKVD-Organen außerordentliche Befugnisse. Die Zugehörigkeit zur Partei-, Sowjet- oder Wirtschaftsnomenklatura vermachte nicht mehr als Schutzbrief gegen den Terror zu dienen. Unter diesen Bedingungen erschein die Besetzung der Trojka, des wichtigsten Straforgans, in vielerlei Hinsicht als Formsache. Der erste Sekretär des Gebietsskomoitees und der Gebietsstaatsanwalt wurden offensichtlich durch den Gebietsleiter des UNKVD in den Hintergrund gedrängt und spielten de facto die Rolle von gehorsamen Handlangern. Dennoch können die Terrormechanismen nur rekonstruiert werden, wenn die Durchführung der Operation auch vom Standpunkt der sowjetischen Strukturen außerhalb des NKVD betrachtet wird. Wie reagierten die offiziellen staatlichen Machtorgane auf die durchgeführte Kampagne? Welche Mechanismen entwickelten die Personen, die formal weiterhin Machtpositionen innehalten, doch faktisch von den politischen Ressourcen abgeschnitten waren, um sich der neuen Situation anzupassen? Es würde den Rahmen des vorliegenden Artikels sprengen, auf alle staatlichen Behörden einzugehen. Wir beschränken uns daher auf jene Institutionen, die unmittelbar an der Durchführung der „Kulakenoperation“ beteiligt waren. Dies war in erster Linie die Staatsanwaltschaft, deren Beteiligung an der Operation durch die Person des Gebietsstaatsanwalts im Befehl festgelegt war. Darüber hinaus war die Staatsanwaltschaft formal dazu verpflichtet, eine Aufsichtsfunktion gegenüber dem NKVD einzunehmen. Als Beispiel für Wirtschaftsforsorgane werden in diesem Artikel die sogenannten Abteilungen für Einstellungen und Entlassungen (*oidely' nuzima i wvol'nenija, ONU*) in den Fabriken vorgestellt. Die ONU, die 1934 mit dem Ziel gegründet wurden, die Fabriken von sozial-fremden Elementen zu säubern, spielten bei der Durchführung des Massenerrors eine entscheidende Rolle. Außerdem wird in diesem Artikel auf die Sowjets und Wahlkommissionen eingegangen, denn diese erfüllten zum einen die für die Staatsmacht wichtige Funktion,

das Regime formal zu legitimieren, zum anderen lassen sich hieraus Rückschlüsse auf die allgemeine Einstellung der Staatsorgane zu den Massenrepressionen ziehen.

Im Verlauf der Untersuchung wurden Dokumente aus den Fonds von zwei Gebietsarchiven, dem Staatlichen Archiv des Gebiets Perm' (Gosudarstvennyj archiv Permskoj oblasti, GAPO) und dem Staatlichen Archiv für Gesellschaft und Politik des Gebiets Perm' (Gosudarstvennyj obščestvennyj političeskij archiv Permskoj oblasti, GOPAPO) herangezogen. Für die Staatsanwaltschaft erwiesen sich insbesondere die Dokumente aus dem Fonds der Staatsanwaltschaft der Kama-Region (GAPO) als aufschlussreich. Leider finden sich in den Fonds der städtischen sowie der Gebiets- und Rayonstaatsanwaltschaften kaum interessante Dokumente. Insgesamt lassen sich drei Quellentypen unterteilen: 1. Weisungsdokumente: interne Zirkulare, Befehle und Anweisungen auf Unions- und Gebietsebene, 2. Rechenschaftsberichte und Vorträge, 3. interne und innerbehördliche Schriftwechsel. Ergänzend wurden auch Untersuchungsakten verfolgter Staatsanwälte aus den Fonds des GOPAPO herangezogen. Darüber hinaus wurde auf Dokumente der Partei zurückgegriffen, die die Staatsanwaltschaft des Kreises Komi überprüfte.

Materialien zu den Abteilungen für Einstellungen und Entlassungen sind sowohl im GAPO als auch im GOPAPO vorhanden. Da unter den Opfern der Operation die Gruppe der Arbeiter besonders stark vertreten war, wurden Materialien zu den größten Fabriken von Perm': der Dzeržinskij-Fabrik (Fabrik № 10), der Molotov-Fabrik (Fabrik № 172) und der Stalin-Fabrik (Fabrik № 10) sowie zusätzlich zu den Hüttenwerken in Čusovoj und Lys'va gesichtet. Alle diese Dokumente stammen aus den Fond des GAPO. Darüber hinaus wurden ergänzende Dokumente aus dem Fond des Rayonkomitees der VKP(b) von Motovilicha und Sverdlovsk im GOPAPO herangezogen. Als sehr hilfreich erwies sich außerdem die Datenbank zu den verfolgten Personen in der Kama-Region, die sich im Parteiarchiv befindet und dazu genutzt wurde, um die Hypothesen zur Arbeit der ONU zu verifizieren.

Die Sowjets und Wahlkommissionen wurden vor allem am Beispiel von Perm', Lys'va und Čusovoj untersucht. Ihre Tätigkeit ließ sich anhand von Sitzungsprotokollen der Parteikomitees und Parteivollversammlungen rekonstruieren. Mit einbezogen wurden außerdem die Untersuchungsakten sowjetischer Führungskader, die Repressionen ausgesetzt waren.

1. Sowjets und Wahlkommissionen

Bei der Beantwortung der Frage, warum die sowjetischen Staatsorgane gegenüber der Willkür des NKVD machtlos waren, ist zu berücksichtigen, dass der Schlag gegen die staatlichen Organe bereits vor der Operation erfolgte. Im Sommer 1937 wurde ein Prozess gegen die konterrevolutionäre Organisation der Rechten eingeleitet. Zunächst rollten die Köpfe der Sverdlovsker Führungsriege, dann die der leitenden Funktionäre auf al-

len Ebenen der Kama-Region. Nachdem am 15. März 1937 der Gebietsstaatsanwalt des Leningrader Gebiets S. G. Čudnovskij als Mitglied einer „uralischen Organisation der Rechten“ verhaftet und zur Vernehmung nach Sverdlovsk gebracht worden war, wurde kurze Zeit später auch sein Nachfolger G. I. Lejman festgenommen. So wurde den Vertretern der Staatsanwaltschaft gleich zu Beginn der Operation vor Augen geführt, welche Konsequenzen es nach sich zog, ihre Aufsichtsfunktion gewissenhaft wahrzunehmen. Bereits einige Zeit zuvor war der Vorsitzende des Gebietssekretariatskomitees von Sverdlovsk V. F. Golovin verhaftet und am 23. März 1937 zur Höchststrafe verurteilt worden. Der Prozess gegen Golovin wurde mit dem Verfahren gegen den Vorsitzenden des Stadtsowjets von Kizel V. M. Pychteev verknüpft, der wiederum Beziehungen zu Kollegen in Perm¹ unterhielt.¹

Insofern begann der Aderlass der örtlichen Führungsriege bereits einige Monate vor der „Kulakenoperation“ und erreichte seinen Höhepunkt im Sommer 1937. Genau zu diesem Zeitpunkt kam es in der Stadt Cusovoj zu Vorfällen, die das Verhalten der offiziellen staatlichen Strukturen direkt vor und während der Operation charakterisieren. Die Volksaufmärsche, die am 12. Juli anlässlich der Einweihung des Wasserwerks organisiert worden waren, endeten in einem Desaster. Als eine überladene Fähre kenterte, kamen zwei Personen ums Leben. Zunächst wurde der mit der Reparatur der Fähre beauftragte Luzin nach Artikel 109 des Strafgesetzbuchs festgenommen, eine Woche später lautete die Anklage auf Artikel 58-7. Danach weitete sich der Fall schnell bis zur Ebene des Stadtsowjets von Cusovoj aus. Innerhalb von 14 Tagen schloss sich die Kette von Luzin, dem Mitarbeiter der städtischen Abteilung für Kommunalwirtschaft über den Leiter der städtischen Abteilung für Kommunalwirtschaft Šerbakov bis hin zum Vorsitzenden des Stadtsowjets A. A. Gudkov (Letzterer wurde bereits am 27. Juli verhaftet.)² Bei diesem Vorfall fallen zwei Aspekte besonders auf: Erstens führte von Anfang an nicht der NKVD, sondern die Staatsanwaltschaft die Ermittlung. Zweitens reagierten Kollegen und unmittelbare Vorgesetzte in typischer Weise. Innerhalb einer Woche wurde auf Antrag des Helfers des Gebietsstaatsanwalts aus der Abteilung für Sonderangelegenheiten Mitrofanov die Strafsache unter den Artikel 58 subsumiert. In der folgenden Woche begann die Verhaftung städtischer Funktionsträger. Vier Tage später (am 24. 7. 1937) wurde dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Gebietsowjets Aleksejev eine Berichtsnote des Kadernstrukturents Damesëk auf den Schreibtisch gelegt, in der er dazu aufgefordert wird, den harnüblichen Vorfall in Cusovoj so schnell wie möglich aufzuklären und die Schuldigen mit aller Härte des Gesetzes zur Verantwortung zu ziehen. In der beigefügten

1 Obzornaja spravka po arhivno-sledstvenomu delu No. 98818 ot 15. 5. 1956 g.; zaključenie, opredelenie o reabilitacii Pychteeva V. M., 30. 9. 1956 g., GOPAPO, f. 641/1, op. 1, d. 12298, S. 199–202, 209–259.
 2 Postanovlenie o privlečenii v kačestve obvinjaemogo Luzina P. N. ot 20. 7. 1937 g., Protokoly doprosa Luzina P. N. ot 13. 7., 20. 7. 1937 g., GOPAPO, f. 641/1, op. 1, d. 1284, l. 1–13.

Liste waren 27 Personen aufgeführt. Neben den oben genannten Personen zählten hierzu unter anderem der Leiter der städtischen Abteilung für Volksbildung (GORONO), der Leiter der städtischen Abteilung für Gesundheitswesen (Gorzdravotdel), der Leiter des städtischen Katasteramtes (GORZO) usw.³

Damešeks Reaktion zeigt: Man musste sich so schnell wie möglich vom Ballast befreien, um nicht selbst auf Grund zu laufen. Auch der Stadtsowjet von Čusovoj wurde von der Panik und der mit ihr einhergehenden Massenhysterie bei der Suche nach Schädlingen angesteckt. Am 17. August fand eine Plenarsitzung zu den aktuellen Ereignissen statt. Alle 43 Redner, die auf dieser Sitzung das Wort ergriffen, fühlten sich bemüßigt, die festgenommenen Personen in den Dreck zu ziehen und vor weiteren Feinden zu warnen, die möglichst schnell enttarnt werden müssten.⁴ Ein derartiges Verhalten war zu diesem Zeitpunkt bereits typisch.⁵ Am 13. September wurden die Angeklagten nach Artikel 58-7 und 58-14 zu sechs bzw. zehn Jahren Haft verurteilt. Luzin erhielt die Höchststrafe. Alle jedoch überlebten und verbüßten auch nicht ihre vollen Haftstrafen. Das Aufsichtskollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR subsumierte die Strafsache am 25. Juni unter Artikel 111; demzufolge wurde Luzin zu drei Jahren, die übrigen Angeklagten zu zwei Jahren Haft verurteilt.⁶ Wir stellen hier also einen Umschwung von staatsanwaltschaftlichem Über-eifer hin zur Milde fest, auf den wir später noch einmal zurückkommen werden.

Die wichtigste Funktion der Sowjets bestand neben wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben darin, die Staatsmacht durch die Durchführung von Wahlen zu legitimieren. Formalrechtlich gab es seit der Verfassung von 1936 nicht mehr die Möglichkeit, jemandem das Wahlrecht zu entziehen. Allerdings fanden die Wahlen zu einem Zeitpunkt statt, als der Terror seinen Höhepunkt erreicht hatte. Natürlich waren Exzesse nicht zu vermeiden. Die NKVD-Organen, deren Arbeit einem eigenen Tempo und einer eigenen Logik folgte, berücksichtigten die Durchführung der Wahlkampagne nicht.⁷ Jemand, der heute zum

3 Dokladnaja zapiska instruktora po kadram Damešeka, 24. 7. 1937 g., GOPAPO, f. 641/1, op. 1, d. 1284, l. 77–84.

4 Ebd., l. 171–175.

5 Rituale der öffentlichen Suche nach Feinden unter Kollegen und der mündlichen „Geißelung“ bereits festgenommener wiederholten sich in gleicher Weise in Stadtsowjets und in Fabriken. Vgl.: Protokoly soveščanij partijno-chozjajstvennogo aktiva Lys'venskogo metallurgičeskogo zavoda za 1937–1938 gg., GAPO, f. R-69, op. 2, d. 8, l. 1–2, 55–62; Protokoly zasedanij partkoma MPR2 (moto-parovozoremontnyj zavod), 30. 12. 1937 g., GOPAPO, f. 20, op. 1, d. 1111, l. 1000; Protokoly zasedanija partkoma pri Permskom Gorsovete, 14. 1. – 25. 12. 1937 g., GOPAPO, f. 20, op. 1, d. 75, l. 12–14.

6 Vypiska iz protokola zasedanija sudebno-nadzornoj kollegii Verchovnogo suda SSSR ot 25. 6. 1938 g., GOPAPO, f. 641/1, op. 1, d. 1284, l. 268.

7 Die Problematik der Wechselbeziehung zwischen dem Terror 1937 und den Wahlen zum Obersten Sowjet wird in der gegenwärtigen Geschichtsforschung unterschiedlich bewertet. Als zwei polar entgegengesetzte Positionen lassen sich die Anschauungen von I. V. Pavlova einerseits und Ju. N. Žukov andererseits anführen. Die beiden Autoren beurteilen die Rolle Stalins bei der Durchführung des Terros gegensätzlich und gehen dennoch von der These einer Wechselbeziehung zwischen dem Terror und den Wahlen zum

Kandidaten ernannt worden war, konnte morgen schon verhaftet werden, was Partei- und Staatsorgane in eine gefährliche Lage brachte. So wurde beispielsweise in Cusovoj ein gewisser Jazykov im letzten Augenblick als verdeckt arbeitender Feind enttarn, dessen Kandidatur von „Kirchenseite lanciert“ worden war.⁸ Ebenso problematisch verhielt es sich mit den Wählerlisten. „Die Listen sind nicht korrekt erstellt worden; bis zum letzten Tag wurde Samochvalovs verhaftete Ehefrau und ein zu fünf Jahren Haft verurteilter Verbrecher geführt.“⁹ Insgesamt wurde die Arbeit der Wahlkommissionen durch mehrere Faktoren erschwert:

1. die überhastete Arbeit des NKVD, die, wie bereits erwähnt, eigenen Rhythmen, Zeitabläufen und einer eigenen Logik folgte.

2. das Fehlen adäquater Listen; viele Listen waren bereits veraltet. Die Wahlkommissionen wussten im Prinzip nicht, wie viele Wähler in einem Wahlbezirk zur Abstimmung kommen würden. Der Vorsitzende des Stadtsowjet Kuznecov beklagte sich: „Man nehme nur die Erstellung der Listen. Uns liegen keine konkreten Angaben darüber vor, wie viele Wähler es bei uns im Rayon gibt, weil wir die Zahlen der letzten Volkszählung nicht nutzen dürfen. Das erschwert unsere Arbeit enorm und führt zu dem Durcheinander in den Listen [...]“¹⁰

3. die Inkompetenz der Mitarbeiter. Als Antwort auf die Rechtfertigungen von Kuznecov wurde den Mitarbeitern mangelnder Arbeitseifer vorgeworfen. „Der Stadtsowjet maß der Erstellung der Listen nicht die nötige Bedeutung zu. Man übertrug diese Aufgabe Schreibkräften, die viele Nummern beim Abschreiben der Listen ausließen.“¹¹ 4. die Verwirrung und Ratlosigkeit der Wahlkommissionen angesichts des Widerspruchs zwischen der proklamierten Verfassung und dem tatsächlichen politischen Kurs. Ein Vertreter der Wahlkommission versuchte sich zu rechtfertigen: „Ich möchte hervorheben, dass mir bei der Anhörung im Stadtkomitee die Frage gestellt wurde, warum wir uns mit den Sondersiedlern beschäftigen, und hinterher mussten wir noch mal von vorne anfangen.“

Alle diese Faktoren führten zu der für Partei- und Staatsorgane gefährlichen Situation, dass Kandidat und Wähler sich als „Volksfeinde“ entpuppen konnten. Natürlich sahen Außenstehende hierin Angriffe des Klassenfeinds, während sich diejenigen, die unmittel-

Obersten Sowjet aus. Diese Problematik überschreitet den Rahmen der vorliegenden Forschung. Vgl. dazu: A. Koldusko, „Rol' partinych organov v osusščestvlenii repressij, in: O. L. Lejbovitš, A. I. Kazan'kov, A. N. Kabackov (Hrsg.), „...vključen v operaciju“, „Massovyj terror v Prikam'e v 1937–1938 gg.“, Perm' 2006; O. L. Lejbovitš, „Kulackaja“ operacija na territorii Prikam'ja, im vorliegenden Sammelband. 8 Protokoly zasedanij plenuma GK i sobranij partakiva Cusovskogo GK VKP(b) Sverdlovskoj oblasti, 5. 1. –23. 12. 1938 g., GORARPO, f. 1241, op. 1, d. 273.

9 Ebd., 1. 99

10 Ebd., 1. 19

11 Ebd., 1. 82.

telbar für den Prozess verantwortlich waren, auf objektive Schwierigkeiten beriefen. Überhaupt ist diese zweifache, einerseits objektive, andererseits ideologische Deutung der Wirklichkeit typisch für diese Zeit. Ein Unfall in der Fabrik oder ein Fehler der Wahlkommission ließen sich einerseits als Folge der Umstände und Inkompetenz, andererseits als Akt bewusster konterrevolutionärer Schädlingstätigkeit interpretieren. In diese Richtung gehen folgende Redebeiträge auf der bereits erwähnten Plenarsitzung des Stadtkomitees von Čusovoj: „Wir haben es mit dem Widerstand des Klassenfeinds zu tun. Im achten Wahlbezirk hat sich ein Kulak als Parteigruppenorganisator eingeschlichen [...]“. „Es finden weiterhin feindliche Aktivitäten in der Abteilung von Čusovoj statt. Der Plan bei den Knotenpunkten wird nicht erfüllt. Bei der Reparatur der Lokomotiven wird gefuscht [...]. Die Familien der Verhafteten demoralisieren unsere besten Leute, die Organe der Staatsanwaltschaft sollten sie zur festgesetzten Zeit aus ihren Wohnungen entfernen.“¹² Während der Durchführung der Massenoperation trat das „objektive“ Deutungsmuster hinter dem ideologischen zurück, das im Wesentlichen eine Rechtfertigungs- und Verteidigungstaktik darstellte. Als sich jedoch das Ende der Operation abzeichnete, wurden bisherige Verfolgungsanlässe wieder „objektiv“ gedeutet, die Vorgehensweise des NKVD im letzten Quartal 1937 dagegen ideologisch (die ungerechten Repressionen wurden durch „Volksfeinde“ initiiert, die sich im NKVD festgesetzt hatten). Hieraus geht hervor, dass die Deutungsweise der Wirklichkeit im Grunde genommen gleich blieb und sich lediglich ihre Richtung veränderte. Die Inquisitoren wurden zu Häretikern.

Somit schockierten die Verhaftungen der lokalen Führungskräfte und die einsetzende Operation die Vertreter der örtlichen Organe. Als Reaktion hierauf begann die aktive Suche nach Feinden im eigenen Milieu. Die gegenseitige Etikettierung als Volksfeind führte zwar nicht zwangsläufig zur Verhaftung, schwächte jedoch die Staatsorgane gegenüber dem NKVD und schuf die erforderlichen Voraussetzungen für weiteren Terror.

2. Die Staatsanwaltschaft

Wie bereits erwähnt, war den Staatsorganen, unter anderem auch der Staatsanwaltschaft, bereits vor der „Kulakenoperation“ ein Schlag versetzt worden. Die Verhaftung des Gebietsstaatsanwalts S. G. Čudnovskij und danach seines Nachfolgers G. I. Lejman sollten signalisieren, dass die Zugehörigkeit zur aufsichtsführenden Ermittlungsbehörde kein Schutzbrief mehr war. Bei seinem Verhör am 23. September 1937 lieferte Lejman sieben

¹² Protokoly zasedanij plenuma GK i sobranij partakiva Čusovskogo GK VKP(b) Sverdlovskoj oblasti 5. 1. – 23. 12. 1938 g., GOPAPO, f. 1241, op. 1, d. 27, l. 20,56.

nant der Staatssicherheit Titov am 15. 6. 1938 die Leitung übernahm. In diesem Zusammenhang werden 1.054 Personalakten erwähnt, die kompromittierendes Material enthalten, drei alte Listen über sozial-feindliche Personen, zwei Inventarbücher und 161 noch nicht überprüfte Denunziationen.³⁷ Die Säuberungen der Rüstungsbetriebe wurden von Anfang an im Geheimen durchgeführt. Im April 1935 instruierte der Leiter der Wirtschaftsabteilung des UGB Mironov den ONU-Kontaktmann der Fabrik № 10 Lebedev: „[...] Die Entlassung von Personen, die die Produktion gefährden, soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Über alle Personen, die nach Meinung der NKVD-Organen zu entlassen sind, sind Listen anzulegen, die inoffiziell den Leitern der Einstellungsabteilung zu übergeben sind, damit diese sie an den Fabrikdirektor weiterleiten, der dann die Entlassung veranlasst [...]. Den Entlassenen sind unter keinen Umständen die tatsächlichen Gründe für ihre Entlassung wie z. B. Charbiner, Kulak u. Ä. mitzuteilen, sondern die Entlassung soll unter einem [...] Vorwand durchgeführt werden: Unzuverlässigkeit, fehlende Einsatzmöglichkeit, mangelnde Disziplin usw.“ Zu Geheimhaltungszwecken griffen die ONU-Leiter auf altbekannte Methoden wie bestimmte verschlüsselte Zeichen in den Dokumenten zurück. Als solche Zeichen wurden Buchstabenstabenkombinationen (wie z. B. „NI“: „nevozmožnost' ispol'zovanija, „nicht zu gebrauchen“) oder auch bestimmte Ziffern verwendet.³⁸

Mitte 1934 erließ das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten und das Volkskommissariat für Schwerindustrie den Befehl № 004, aufgrund dessen zentral geleitet „schwarze“ Listen von Personen sozial-feindlicher Herkunft zusammengestellt und an die Einstellungsabteilungen der Betriebe versandt wurden.³⁹ Die hier aufgeführten Kategorien „Kulake“, „Weißarmist“, „Priestersohn“ wurden später im Befehl № 00447 exakt wiederaufgegriffen.

Allerdings wurden die Leiter der Einstellungsabteilungen ihren neuen Aufgaben nicht immer gerecht. So schrieb 1936 der Leiter der Stadtabteilung des NKVD von Perm' Losos an den Sekretär des Stadtkomitees der VKP(b): „Nach uns vorliegenden Angaben hat der Assistent des Direktors für Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften der Molotov-Fabrik, Genosse Švarc, in letzter Zeit bei der Säuberung der Fabrik von fremden Elementen deutliche Schwächen gezeigt. So hat die Stadtabteilung des NKVD in der Fabrik 1.000 Personen ermittelt, die bei der Anmeldung falsche Angaben zu ihrem Geburtsort gemacht haben. Der Aufforderung des NKVD zur Entlassung von Fremdlingen wird

37 Rukovodjaščie ukazanja i otčety o rabote otdela najma i uvol'nenija Gosudarstvennogo sojuznogo zavoda im. Dzeržinskogo s 11 janvarja 1938 g. po 22 dekabnja 1938 g., GAPO, f. R-42, op. 2c, d. 332, l. 13.

38 Rukovodjaščie ukazanja i otčety o rabote otdela najma i uvol'nenija Gosudarstvennogo sojuznogo zavoda im. Dzeržinskogo s 4. 1. 35 g. po 1. 4. 35 g., GAPO, f. R-42, op. 2c, d. 318.

39 Ebd., l. 23–26.

... sehr zögerlich nachgekommen; von den zu entfernenden 173 Personen (von denen ein großer Teil bereits in den Monaten April, Juni, Juli, August 1935 entlassen werden sollte) ist bis jetzt keinem Einzigen gekündigt worden. In der Abteilung liegen 2.000 Erhebungsbögen über Personen vor, von denen unbekannt ist, ob sie in der Fabrik arbeiten oder nicht. Bei all diesen Versäumnissen handelt es sich um direkte Verstöße gegen die Anweisung des ZK der KPdSU über die Säuberungen der Fabriken mit Sonderstatus.⁴⁰ Scharas Nachfolger Ermolaev wurde seinen Aufgaben in den Jahren 1937–38 schenbar besser gerecht. Im Februar 1937 teilte er dem Stadtkomitee der VKP(b) von Molotov mit, dass er 29 fremde Elemente in der Fabrik ermittelt habe, und bat um Unterstützung bei der weiteren Arbeit. „In der Fabrik gibt es noch weitläufige Personennetze. Nicht alle können jedoch mit unseren Unterlagen ermittelt werden, da die Personalhebung für den gesamten Mitarbeiterstab der Fabrik bereits 1934 durchgeführt wurde. Personen, die zu dieser Zeit Parteimitglieder waren und in der Folgezeit aus der Partei ausgeschlossen wurden, werden bei uns immer noch als Mitglieder der VKP(b) geführt. Um festzustellen, wie viele Personen aus der VKP(b) ausgeschlossen wurden [oder] früher anderen politischen Parteien angehörten, bitte ich darum, den Parteiorganen der einzelnen Abteilungen Listen von Personen zur Verfügung zu stellen, die früher Mitglieder in der VKP(b) oder anderen politischen Parteien waren.“⁴¹

Die Abteilungen für Einstellungen und Entlassungen waren ursprünglich mit besonderen Befugnissen ausgestattet. Der Leiter war in der Regel ein NKVD-Mitarbeiter. Auf diese Weise stand die Abteilung unter einem besonderen Schutz. Dies hatte beispielsweise zur Folge, dass der Leiter der Stadtabteilung des NKVD Losos den Direktor der Fabrik № 10 dazu aufforderte, der ONU bessere Räumlichkeiten zu geben. Auch konnte der Fabrikdirektor den Leiter der ONU nicht eigenmächtig entlassen.⁴² Zu den Routineaufgaben des Leiters der ONU gehörte der Schriftwechsel zur Überprüfung des Personals. Dieser richtete sich an die Stadt- und Rayonabteilungen des NKVD, das Volkskommissariat für Verteidigungsindustrie (Narkomat oboronoj promyslennosti) und natürlich die Kollegen aus anderen Rüstungsbetrieben. Auch der Leiter der ONU der Dzerzinskij-Fabrik führte 1938 einen solchen Schriftwechsel mit unterschiedlichen Behörden. Hierbei ging es um den Austausch von Informationen zur sozialen Herkunft einzelner Arbeiter, die denunziert worden waren oder über die Gerüchte kursierten. Außerdem übersandte Leutnant Titov seinen Kollegen in der Molotov- und der Stalin-Fabrik Listen von entlassenen Personen, denen die entsprechenden kompromittierenden Materialien beigelegt waren.⁴³

⁴⁰ Materialy NKVD na tuzdych elementov“, 7. 1. – 2. 11. 1936, GOPAPO, f. 620, op. 17, d. 32, l. 42.

⁴¹ Ebd., l. 18.

⁴² Vel. Materialy po zavodu im. Lenina, 1937 g., GAPQ, f. 33, op. 2, d. 122, l. 52.

⁴³ Pertska pomoschnika direktora ONU s NKVD za 1938 g., GAPQ, f. R-142, op. 2c, d. 335.

Die Hauptmotive für Entlassungen waren verwandtschaftliche Beziehungen zu Kulaken, Weißen, Geistlichen und im Ausland lebende Verwandte. Am häufigsten wird Kulakentum angeführt. An zweiter Stelle steht der Dienst in der Weißen Armee, danach im Ausland lebende Verwandte und an letzter Stelle der Status als Geistlicher oder die Zugehörigkeit zu einer anderen Nationalität. Häufig werden die Motive nicht voneinander getrennt, sondern miteinander verknüpft. Die Vermutung liegt nahe, dass die Inhalte dieser Korrespondenz später als Grundlage für Festnahmen dienten. Die sozialen Kategorien bzw. die Stigmata „Kulak“, „Weißgardist“, „Geistlicher“ entsprachen den Zielgruppen des Befehls № 00447. Eine Überprüfung der Datenbank ergab jedoch, dass keine der hier erwähnten Personen von der „Trojka“ verurteilt wurde. Offensichtlich reichte dieser Briefwechsel, der einzelne Personen betraf, als Verhaftungsgrundlage nicht aus. Auch gegen Ende der Operation wurde die Korrespondenz in gleicher Intensität fortgesetzt, was ebenfalls darauf hindeutet, dass es sich hier um eine Routineangelegenheit handelte, die jedoch nicht zwangsläufig zur Verhaftung führte. Dies schließt allerdings nicht aus, dass in Einzelfällen Personen auf die „Verhaftungsliste“ gesetzt wurden oder diese Informationen für die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens genutzt wurden.

Dennoch ergeben sich aus einigen Dokumenten des Schriftwechsels bezeichnende Rückschlüsse auf die Betriebsstrukturen. Diese betrafen nicht nur die Abteilung für Einstellungen und Entlassungen, sondern auch die ihr „nahestehende“ Erste Abteilung. Im Sommer 1938 schickte der Leiter der Ersten Abteilung der Fabrik № 10, Teplouchov, ein Schreiben an den Leiter der Stadtabteilung des NKVD Vejnštein. Nachdem die bisherige Leitung der Stadtabteilung des NKVD (Levocij u. a.) abgesetzt worden war, bat Teplouchov darum zu überprüfen, ob seine Mitteilungen noch vorliegen. Die Auflistung ist beeindruckend: 8 Mitteilungen „über die Verunreinigung der Fabrik mit Fremdelementen bis hin zu ehemaligen Sozialisten-Revolutionären“, 4 Mitteilungen „über pflichtwidrige Nachlässigkeit seitens der Direktion, indem Personen wegen der Weitergabe geheimer Betriebsdaten nicht belangt wurden“, 3 Mitteilungen „über verbrecherische Schädlingstätigkeiten seitens der ehemaligen Betriebsleitung“, 10 Mitteilungen „über Betriebsunfälle und deren Planung.“⁴⁴ So schickte der Leiter der Ersten Abteilung zwischen April 1937 und April 1938 27 offizielle Mitteilungen an die Stadtabteilung des NKVD. Daneben erwähnt Teplouchov auch noch inoffizielle Berichte. Interessanterweise ist sein Schriftwechsel mit der Stadtabteilung des NKVD im Dezember besonders intensiv (7 Mitteilungen). Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass der Terror gegen die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt seinen Höhepunkt erreichte.

44 Perepiska s NKVD o rabote zavoda i ličnom sostave zavoda im. Dzeržinskogo. 1938 g., GAPO. f. R-142, op. 2c, d. 186, l. 104–107.

Offensichtlich forderte der NKVD die Informationen aus den Spezialabteilungen der Be-
 richte an. Nach Auskunft des Sergeanten für Staatssicherheit S. N. Okulov erteilte Le-
 vickij folgende Weisung: „[...] Außerdem müssen die Fakten ihrer ‚Schädlingstätigkeit‘
 dokumentiert werden. Laden Sie dazu den Leiter der Spezialabteilung der 172. Fabrik
 und anderer Betriebe vor. Sagen Sie ihnen in meinem Namen, dass sie Bescheinigungen
 über solche Betriebsstörungen ausstellen sollen. Die Genossen Borisov und Novikov
 oder Genosse Kamenskij, genau erinnere ich mich nicht mehr, wurden nach Molotov ge-
 schickt. Sie brachten etwa 50 Bescheinigungen mit, die vom Leiter der Spezialabteilung
 unterschrieben worden waren. Seinen Namen weiß ich nicht mehr.“⁴⁴⁵

Durch die eingespielte Zusammenarbeit mit dem NKVD erweiterte sich der Einfluss
 der ONU mit dem Beginn der Repressionen. Die schriftliche Notiz des ONU-Leiters
 Kowalenko über eine Betriebsstörung in der Fabrik № 10 hätte ein Jahr zuvor sicher nicht
 ein Strafverfahren gegen den leitenden Ingenieur der Fabrik, Dalinger, ausgelöst.⁴⁶ Mehr
 als ein Jahr lang rang der Leiter der ONU der Stalin-Fabrik K. A. Morzo (ein ehemaliger
 Chef aus Tomsk, der Ende der 20er Jahre aus der OGPU entlassen wurde) mit dem Di-
 rektor Poberzskij. Seine Anstrengungen führten erst Anfang 1938 zum Erfolg.

Kurz vor Beginn der Massenoperation erhielten die ONU Unterstützung vom Volks-
 kommissariat für Rüstungsindustrie, so dass sie sich noch stärker den Machtbefugnissen
 des Fabrikdirektors entziehen konnten. In seinem Befehl vom 28. Juli 1937 forderte der
 Volkskommissar M. L. Ruchimovič die Fabrikdirektoren dazu auf, Ordnung in den Or-
 ganisationsstrukturen der ONU zu schaffen. Aufschlussreich sind besonders folgende Punkte des
 Befehls: „[...] 4. Die Ernennung und Absetzung der Leiter der Kaderabteilung erfolgen
 ausschließlich auf Anordnung des Leiters der jeweiligen Hauptverwaltung [...] 6. Die
 Leiter der Hauptverwaltungen ernennen die Leiter der Kaderabteilungen erst, nachdem
 sie persönlich mit ihnen gesprochen haben [...]“⁴⁷

Durch das zunehmende „politische Gewicht“ der ONU waren Konflikte mit der Fa-
 brikleitung vorprogrammiert. So deuten Dokumente aus dem Fond des Rayonkomitees
 der VKP(b) von Sverdlovsk im GOPAPO auf einen kontinuierlichen Konflikt zwischen
 dem Fabrikdirektor Poberzskij und dem ONU-Leiter Morzo hin. Der Grund für diesen
 Konflikt bestand darin, dass der Direktor zur Erfüllung des Plansolls qualifizierte Ar-
 beiter und Ingenieure benötigte. Gerade diese Personen wollte der ONU-Leiter jedoch
 aufgrund ihrer zweifelhaften sozialen Herkunft entlassen. Dieser Konflikt verdeutlicht
 in mancherlei Hinsicht die Rolle, die die ONU bei der Massenoperation spielte. 1937
 begnügte sich Morzo bereits nicht mehr mit der Durchsicht von Erhebungsbögen und

⁴⁵ Report seržanta GB Okulova S. N. 1939 g., GOPAPO, f. 641/1, op. 1, d. 11216, f. 5, l. 151–152.
⁴⁶ Archivno-sledstvennoe delo Dalinger V. A. 1937 g., GOPAPO, f. 641, op. 1, d. 2242.
⁴⁷ Pribez po glavnomu upravleniju Narkomata oboronnoj promyšlennosti, 28. 7. 1937 g., GABO, f. R-33, op. 2, d. 122, l. 52.

schriftlichen Anfragen, sondern führte Befragungen in einem speziell dafür eingerichteten Raum durch. Auf einer Sitzung des Parteibüros stellte Poberežskij ihn deswegen zur Rede: „[...] Und was ist eigentlich mit Raum № 2, den Sie in der ONU eingerichtet haben und der in aller Munde ist. Sie schweigen. Sie richten diesen Raum № 2 ein, laden Leute vor, befragen sie nach ihrer Mitgliedschaft in Organisation usw.? Sie sind auf dem besten Weg, die NKVD-Organen zu ersetzen [...].“ Auf einer Sitzung des Parteibüros des Rayonskomitees der VKP(b) von Stalinsk am 9. Januar 1938 erklärte Morzo seine Vorgehensweise folgendermaßen: „Als ich im November 1935 in die Fabrik kam [...], begann ich mit meiner Arbeit, die darin besteht, Personen zu überprüfen [...]. Hierbei stieß ich auf 500 Kulaken, Weißgardisten, Popen, Händler, Charbiner, ehemalige Mitglieder der VKP(b), Trotzlisten, rechte Abweichler und Personen deutscher, polnischer, lettischer Herkunft sowie auf Leute, die beachtenswerte Kontakte zum Ausland haben und offensichtlich Spionage betreiben. Diese Personen wurden von mir aus der Fabrik entlassen. Ihre Entlassung war berechtigt, denn 175 von ihnen wurde 1937 festgenommen, weil sie sich als Volksfeinde erwiesen haben.“⁴⁸ Vermutlich wurden die Verhaftungen auf der Grundlage der Listen durchgeführt, die er dem NKVD übermittelt hatte. Im selben Archivfond befindet sich eine Liste der aus der Stalin-Fabrik entlassenen Personen.⁴⁹ Von den 304 Menschen auf dieser Liste wurden 15 festgenommen. Die Festnahmen erfolgten zwischen Dezember 1937 und April 1938, daher ist anzunehmen, dass die Liste den NKVD-Organen spätestens im Dezember 1937 zur Verfügung gestellt wurde. Hierdurch erklärt sich möglicherweise, dass nur ein relativ geringer Anteil der entlassenen Personen verhaftet wurde, denn die Repressionen fanden 1938 nicht mehr in dem Umfang wie 1937 statt. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass genau diese Liste bei den Festnahmen eine Rolle spielte. Die Namen von fünf der Verhafteten finden sich in exakt der gleichen Reihenfolge auf der Liste. Es ist klar, dass diese von Morzo erstellt worden war; der zu diesem Zeitpunkt die Fabrik noch nicht verlassen hatte. Aus den Zahlen, die er am 9. Januar 1938 im Büro des Rayonskomitees genannt hatte, geht hervor, dass diese Liste keinesfalls die erste war.

Bezeichnenderweise wurde keiner der Festgenommenen von der „Trojka“ verurteilt. Bei den meisten von ihnen (dreizehn Personen) wurde das Verfahren 1938–39 aufgrund mangelnder Beweise eingestellt.

Somit ist festzuhalten, dass die von den Abteilungen für Einstellungen und Entlassungen erstellten Listen zwar vom NKVD verwendet wurden, jedoch nur in sehr eingeschränktem Maße. Bisher war es jedenfalls nicht möglich, Übereinstimmungen in großem Umfang festzustellen. Zwar gibt es indirekte Hinweise, dass der NKVD die Informationen nutzte⁵⁰,

48 Protokol zasedanja bjuro Stalinskogo RK VKP(b), 1. 1. 1938 g., GOPAPO, f. 231, op. 1, d. 21, l. 154–155.

49 Ebd., l. 33–53.

50 „Rukovodjaščij material po voprosu najma i uvol'nenija“ 1938 g., GAPO, f. R-42, op. 2c, d. 332, l. 36.

Die sowjetischen staatlichen Organe wurden bei der Durchführung der Massenoperation weitgehend ausgeschlossen. In einer Situation, in der die offizielle Position eines Menschen nur wenig mit seinen realen politischen Möglichkeiten korrelierte, mussten Überlebensstrategien entwickelt werden. Die Tragödie der Vertreter der Staatsorgane bestand darin, dass es kein klares Rezept zu ihrem Schutz gab. In einer Situation, in der das Außenstehenden verborgene Wirken des NKVD einer eigenen Logik und eigenen Rhythmen folgte, war es äußerst schwierig, richtig zu reagieren und einen rettenden Ausweg zu finden. Dennoch waren die Vertreter der Staatsorgane bestrebt, sich selbst zu erhalten. Die unterschiedlichen Handlungsmuster so verschiedenartiger Instanzen wie der Sowjets, der Staatsanwaltschaft und der ONU lassen sich nur bedingt als „Gefolgschaftshandlungen“ bezeichnen. Ungachtet der unterschiedlichen Reaktionen dieser Organe ist hervorzuheben, dass sie sich alle in dem einen oder anderen Maße die Beteiligung am Terror anstrebten. Die Sowjets suchten in ihren Reihen offen nach „schwarzen Schafe“. Die Staatsanwaltschaft trat die Führung an den NKVD ab, verstärkte aber dennoch ihre eigenen repressiven Aktivitäten. Die Leiter der ONU nutzten die Strukturen des NKVD und verschärften damit den Druck auf die Arbeiter und die Direktion der Fabriken. Unserer Ansicht bewahrte sich die Staatsanwaltschaft noch am ehesten ihre Autonomie vom NKVD, die sie offenbar der Protektion durch Vyšinskij verdankte. Die übrigen Instanzen konnten sich nicht auf eine Leitung stützen, die in der Zeit des Terrors überlebte und letztendlich den Sieg davontrug. Die Staatsanwaltschaft dagegen erkannte den Wandel der Zeit schon lange vor Ende der „Kulakenoperation“ und änderte ihre Taktik so, dass sie später ihren Konkurrenten, den NKVD, attackieren konnte.

Die Abteilungen für Einstellungen und Entlassungen standen der durchgeführten Operation am nächsten. Ihre Teilnahme an dieser „Gefolgschaft“ (Suite) gleicht der Rolle eines Knappen, der das Wohlwollen seines Schutzherrn spürt. Unter Ausnutzung der Macht des NKVD versuchten sie ihre Machtprobleme innerhalb der Fabrik zu lösen. In Bezug auf die Arbeiter äußerte sich dies in politisch motivierten Massenentlassungen.

Resümee

499

Staatliche Organe und die „Kulakenoperation“

1937; mit dem einzigen Unterschied, dass sie nun ihre Aktivitäten gegenüber den Arbeitern verstärkten und ihr Kampf gegen die Fabrikleitung effektiver wurde.

Anhang
 Liste der Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft im Kama-Region, die zwischen August 1937 und November 1938 Opfer von
 Repressionen wurden

Name	Arbeitsplatz, Stellung	Datum		Verurteilendes Organ	Anklage		Weiteres Schicksal des Repressions- opfers
		...der Fest- nahme	...des Ur- teils		Zum Zeitpunkt der Festnahme	laut Urteil	
Jurkin, A. D.	Kreisstaatsan- walt des Kreises Komi	26. 10. 1937	21. 3. 1938	Militärkollegi- um, 15 Jahre Freiheitsentzug	konterrev. Aufstand	sabot. antisowjet. Tätigkeit, § 58-7, 17-58-8-11,	Verfahren wurde nach Revision 1941 eingestellt.
Mochov, A. N.	Assistent des Kreisstaatsan- walts, Kreis Komi	16. 10. 1937	9. 4. 1938	Sonderberatung des NKVD, 8 Jahre	konterrev. Aufstand	antisowjet. Tätig- keit, § 58-2-11	wurde rehabilitiert; Datum unbekannt.
Batalov M. T.	Staatsanwalt des Rayons Kočevo	4. 10. 1937	5. 6. 1938	Gebietsgericht Perm', 8 Jahre	konterrev. Aufstand	konterrev. Sabo- tage	Abwandlung des Urteils zu 5 Jahren im Jahre 1943, wurde rehabilitiert
Čuže, E. F.	Untersuchungs- richter des Rayonsstaatsan- waltschaft des Rayons Il'in	27. 12. 1937	—	—	Diversión, konterrev. Tätigkeit	Diversión, konterrev. Tätigkeit	Verfahren ein- gestellt am 12. 1. 1939

Name	Arbeitsplatz, Stellung	Datum		Verurteilendes Organ	Anklage		Weiteres Schicksal des Repressions- opfers
		...der Fest- nahme	...des Ur- teils		Zum Zeitpunkt der Festnahme	laut Urteil	
Plotnikov, A. S.	Staatsanwalt des Rayons Kueda	7. 1. 1938	–	Nach Angabe der Datenbank Ver- urteilung durch die Trojka, in der Untersuchungs- akte steht: Verur- teilung durch das Militärkollegium	Sabotage	§ 58-7-10-14	Verfahren einge- stellt am 4. 1. 1939
Volnuskina, M. I.	Staatsanwalt der Stadt Perm'	5. 3. 1938	–	–	konterrev. Sabotage	§ 58-7-11, nicht verurteilt	Verfahren einge- stellt am 26. 12. 1939
Sirotkina, S. A.	kommunistischer Staatsanwalt des Rayons Oker	27. 3. 1938	8. 8. 1938	Militärkollegi- um, Höchst- strafe	antisowjet. Agitation, konterrev. Tätigkeit	Sabotage, terr. kon- terrev. Tätigkeit, § 58-10-11	rehabilitiert
Safin, M.	Stellvertreter Staatsanwalt des Rayons Barda	6. 1. 1938	–	–	antisowjet. Agitation, 58- 10-1	–	Verfahren einge- stellt 13. 01. 1940
Kuraskich, M. V.	Staatsanwalt der Stadt Lys'va	8. 1. 1938	–	–	konterrev. org. Sabotage, 58- 7-11	–	Verfahren einge- stellt nach dem Tod des Angeklagten, 1977 rehabilitiert